Unterstützung der Initiative "Wir haben Platz"

Antrag

Antragstellerin: Birgit Heilmann
Beratung:
Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Kultur und Friedhofswesen Samtgemeinde Jesteburg (öffentlich) Samtgemeindeausschuss (nichtöffentlich) Samtgemeinderat Jesteburg (Entscheidung - öffentlich)

Beschlussvorschlag

Der Samtgemeinderat Jesteburg unterstützt wie zahlreiche andere Kommunen der Bundesrepublik die Initiative „Wir haben Platz“. Die Samtgemeinde Jesteburg erklärt sich bereit, Geflüchtete freiwillig im Rahmen der kommunalen und rechtlichen Möglichkeiten aufzunehmen. Damit bekräftigen die Gemeinden und ihre Bevölkerung die bisher gelebte Praxis einer Willkommenskultur. Zudem appelliert der Samtgemeinderat an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik, und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet und menschenwürdig in Europa verteilt und untergebracht werden.

Erläuterung

Bereits im Oktober 2019 forderten bundesweit 19 Organisationen und Verbände die Bundesregierung auf, unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus den überfüllten Flüchtlingslagern in Griechenland aufzunehmen. Zudem sollten vorhandene Spielräume bei der Zusammenführung der Kinder und Jugendlichen mit Angehörigen in Deutschland bestmöglich genutzt werden. Daraus entstand die bundesweite Kampagne #WirHabenPlatz. Der Aufruf wurde von den Ländern Niedersachsen, Berlin und Thüringen aufgegriffen, die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert und die eigene Bereitschaft der Länder zur Aufnahme in konkreten Zahlen benannt.

Die aktuell katastrophalen Bedingungen in den Lagern auf den griechischen Inseln erfordern ein sofortiges Handeln auf allen Ebenen. Angesichts der Situation der Menschen in den griechischen und den anderen Lagern an den europäischen Außengrenzen müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden, um den dort gestrandeten Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten. Auch der niedersächsische Innenminister Pistorius setzt sich seit seinem Besuch auf Lesbos Anfang November 2020 dafür ein, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge von

den griechischen Inseln zu holen und in Deutschland aufzunehmen. Pistorius forderte ein Sofortprogramm des Bundes noch vor dem Winter, an dem sich auch Niedersachsen beteiligen wollte. Landes – und bundesweit wirbt er um Unterstützung.
Dieses Vorhaben unterstützen wir und appellieren an alle Landes- und Bundespolitiker*innen sich dem Vorhaben JETZT anzuschließen und gemeinsam humanitäre Verantwortung zu übernehmen.
Es ist absurd, Kinder und Jugendliche in dieser schutzlosen Situation alleine zu lassen, während in Deutschland Einrichtungen für unbegleitete Minderjährige schließen, vorhandene Kapazitäten und Strukturen abgebaut und erfahrenes Fachpersonal entlassen werden müssen.
Aufgrund rückläufiger Zugangszahlen verfügt die Jugendhilfe über ausreichend freie Plätze in Wohngruppen und Pflegefamilien. Zudem bietet sie aufgrund der noch vorhandenen sehr guten Infrastruktur, jahrzehntelanger Erfahrungen und fachlicher Kompetenzen beste Voraussetzungen für eine nachhaltige Integration.
Angesichts der großen Aufnahmebereitschaft von Ländern, Kommunen und Jugendhilfeträgern ist die bisher geplante Aufnahme von ca. 1500 Menschen völlig unzureichend. Hochgerechnet könnten mit kurzem Vorlauf und unter Wahrung des Infektionsschutzes 4000 unbegleitete Minderjährige aufgenommen werden, wie auch die Auswertung einer Befragung von Mitgliedern des BumF (Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.) bestätigt.

Finanzielle Auswirkungen

Die Finanzierung und Zuweisung der Flüchtlinge erfolgt wie bisher durch den Landkreis.

Birgit Heilmann
Samtgemeinderatsmitglied
Bündnis 90 DIE GRÜNEN Jesteburg
21.02.2021